

Erscheint täglich

früh 6^{1/2} Uhr.

Redaktion und Druckerei

Johanniskirche 23.

Sprechstunden der Redaktion:

Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Abnahme der für die nächst-

folgende Nummer bestellten

Werke am Nachmittag, am Sonn-

und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Int. Ausgabe:

Cotta'sche Universitätsbuchdruckerei,

Leipzig, Universitätsweg 22.

Zweite Seite, Ritterstraße 18, p.

und bis 7,3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsschreiber.

Nr. 122.

Donnerstag den 2. Mai 1878.

72. Jahrgang

Bekanntmachung.

Jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, ist am Tage seiner Ankunft und, wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am anderen Tage Vormittags von seinem Wirth bei unserem Fremdenbüro anzumelden. Fremde aber, welche länger als drei Tage hier sich aufzuhalten, haben Anmeldechein zu lösen. Verwaltungsschäden dieser Vorrichtungen werden mit einer Geldsumme von 15 Mark oder verhältnismäßiger Postkosten abgezahlt.

Leipzig, am 27. April 1878.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Küster. Daegner. Ecke.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen bei Überholzung des Elstermühlgrabens den Ranftädter Steinweg neu zu pflastern und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bei, an die Einwohner hierdurch die Auflösung, etwa beabsichtigt, den bezeichneten Straßenzentrat beruhende Arbeiten an den Privat-, Gas- und Wasserleitungen und Beischläufen ungeduldet und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da wir Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 8 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Leipzig, am 28. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruktion für die Ausführung von Wasserleitungen im Universitätsgrundstück vom 7. Juli 1865 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß der Klempner

Herr Emil Hartmann, Waldstraße 39b

ger Übernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Bezug der erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 26. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Nachdem vor beschlossen haben, den §. 4 der Contract-Bedingungen, unter welchen unsere Deputation der Gasbeleuchtung-Anstalt Leuchtwas an Private überlässt, dahin abzuändern, daß das verbrauchte Gas auf dem §. 2 normierten Preise stets allmonatlich zu bezahlen ist, so bringen wir folches unter Hinweis auf 11 der genannten Bedingungen mit dem Bemerk zu öffentlichen Kenntnis, daß vorstehende Abänderung §. 4 ist, mit dem 1. August d. J. in Kraft treten wird.

Leipzig, den 30. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Dieselben Personen, welche Gärten im Johannisborste liegenbrochen worden sind, werden hierdurch zur Vollziehung und Entnahme ihrer Pachtcontracte aufgefordert.

Leipzig, den 28. April 1878.

Die Deputation zum Johannisborste.

Zur inneren Lage

freut die „N.-E. C.“: Mit der Wiedereröffnung des Reichstags ist man in die Lage versetzt, über die Stimmung im Lande in möglichst zuverlässiger Weise orientiert zu werden. Mag man selbst unterscheiden, daß die heutige Reichstagsmajorität nicht mehr der vollständig bestehende Ausdruck des Volkswillens sei, auf keinen Fall wird man bestreiten können, daß die soeben aus ihren Wahlkreisen zusammengesetzten Abgeordneten die kompetentesten Beurtheiler der dort vorherrschenden Anschaufungen sind. Nun wohl, wir können Denjenigen, welche in jüngerer Zeit mit dem Anschein höheren Auftrags so möglich gegen die Reichstagsmehrheit, insbesondere gegen die nationalliberalen Partei, zu Felde gezogen sind, nur ratzen, sich in den parlamentarischen Kreisen umzuhüllen; ihre zur Sache getragene Fazit auf eine entscheidende gesamtstaatliche Gefährdung der Mehrheit der Bevölkerung dürfte alsdann ein wenig erschüttert werden. Soweit wir unferheraus zu haben unterrichten können, steht das Land vorwiegend unter dem Gefühl einer unverträglichen Unstetigkeit. Die unbestimmten und widersprüchlichen Phrasen der „Provinzialcorrespondenz“ über die „wirtschaftliche Politik des Fürsten Bismarck“ haben nirgends verlangt, geschweige denn bestimmt. Soß man liberal auf dringendste verzweigt, ist ein klares Programm der Regierung. Der Reichstagsmehrheit wird so oft der Vorwurf einer Politik des schrankenlosen Kaiser-alles (Gebenlassen) gemacht; das schlimmste Geben und Geschenken aber ist seit Jahr und Tag auf Seiten der Regierung. Lange Zeit hat man dort zu den Unterstellungen einer von Grund und Gründen Wirtschaftspolitik unthätig geblieben. Aßdann kamen die mehr oder weniger regelmäßigen offiziellen Organe mit allerlei vagen Ausführungen; die Regierung selbst aber hält sich bis zu den heutigen Tag namentlich mit ihren zollpolitischen Absichten in eine undurchdringliche Wolle. Auf solchen wirtschaftlichen Standpunkt man sich auch kein möge, überall ist das Volk der unsicheren Hoffnungen und Versicherungen müde und verlangt endlich bestimmte Ziele zu sehen. — Einstimmig ist das Urtheil dahin, daß die Ungewissheit der so unberedtenen Schaden verursacht hat. Dennoch, die aus Districten mit einer hochentwickelten Tabakindustrie kommen, entwerfen das leidige Bild von den Wirkungen, welche die letzte Zeit auf diesem Gebiete geübt hat. Gerade die Tabakindustrie hatte die allgemeine Krise bis vor kurzem am glänztesten überstanden; jetzt liegt auch sie darunter. Ganz abgesunken von den großen Nachschlägen, welche die unverhältnismäßige Einführung in den Monaten des Jahres noch sich ziehen mußte, steht die Unsicherheit über die Zukunft lärmend, man möchte fast sagen demoralisierend auf die Industrie. Diese Zweifel haben sich die Tabakindustriellen nicht lebhaft einer ungünstlichen egoistischen Spekulation angelegen. Aber mit vollem Recht erheben

sie gegen die Regierung den Vorwurf, daß so, wie es geschehen, der Plan einer höheren Besteuerung des Tabaks nicht ins Werk gesetzt werden durfte. Die Regierung mußte vor allem Führung suchen mit der parlamentarischen Majorität, und erst wenn sie hier der erforderlichen Zustimmung sicher war, mußte sie mit ihrem Plane an die Oeffentlichkeit treten und denselben so schnell wie möglich zur Durchführung bringen. Statt dessen wurde befaßtlich bei der Vorbereitung des zu Anfang dieser Session eingeführten Tabaksteuerentwurfs jene Fähigung mit einer gewissen Absichtlichkeit unterlassen und erst die öffentliche Discussion über denselben enthielt zur allgemeinen Überraschung das eigentliche Ziel, auf welches es abgesehen war. Wie immer man sonst über die Stellung der Tabakinteressenten zur Frage einer ausgiebigeren Besteuerung des Tabaks urtheilen mag, daß sie sich über dieses gänglich verschobte Verfahren beschweren, wird ihnen Niemand verargen können. — Aehnliche Vorwürfe von Seiten anderer Industrien werden theils heute schon laut, theils wird man sie in Zukunft in noch weit grüherem Umfange zu hören bekommen, wenn nicht bald die volle Klarheit über die von der Regierung angestrebten Bahnen verbreitet wird. Die Regierung kann sich über die Beunruhigung der Gemüthe im Lande nicht täuschen. Man wird also vertrösten dürfen, daß sie die nunmehr im Reichstage vorhandene Gelegenheit zur Ausarbeitung ihres wirtschaftlichen Programms nicht ungezüglich übergehen lassen werde.

Noch schwärt äußert sich die „Nat.-Ztg.“: Aus dem Lande erhalten wir zahlreiche Anträge, wie denn die augenblickliche Lage überhaupt zu begreifen sei, was der offizielle Name eigentlich bedeutet. Wir können dabei nur den Auspruch eines Politikers citiren, der erklärte, daß er weder die orientalische Frage noch die innere Frage irgend zu verstehen vermöge, die orientalische Frage aber immer doch noch eher als die innere. Die inneren Widersprüche in der Situation liegen offen. Vor einigen Wochen hat man Nationalliberalen Vortreffliches angeboten — heute denunzirt man sie der Bevölkerung als die wahren Südtiroler und Schadensfüßer im Reiche. Man läuft gegen die Nationalliberalen, weil sie eine Enquete nur in beschränktem Maßstab zulassen wollen, während es für Niemanden mehr zweifelhaft sein kann, daß es mit der ganzen Steuerreform für dieselben wieder absolut nichts ist. Der Reichskanzler läßt nach seinem bekannten Wort alle Hunde los, die bellen wollen, aber wenn das Geläuff zu Ende ist, was dann? Die Steuerreform, die durchzuführen war und welche die Matrikularkräfte überflüssig gemacht hätte, wird zurückgewiesen und die Schattenjagd nach Blänen betrieben, für die, wie heute die Dinge liegen, nie und nimmer eine Mehrheit im Reichstage zusammenzubringen ist. Der Reichskanzler, der noch vor Kurzem die Absicht kundgab, sich von der Überlast der Geschäfte zu trennen, stellt sich an die Spitze einer formell und

materialiell neuen Bewegung, von noch unsägbarer, aber jedenfalls außerordentlicher Tragweite. Die materiellen Ziele jener Bewegung werden nur mit dunklen Worten angedeutet, dagegen beginnt man formal bereits mit tobendem Ansturm den Angriff gegen Diejenigen, die man als „Feinde“ bezeichnet. Die liberale Mittelpartei soll discredirt und zerstört werden — was hätte man, um es an die Stelle derselben zu setzen? Welchen Vortheil verspricht man der Nation von diesem allgemeinen Durchandertüren der Parteien und Interessen? Kann aus diesem Chaos etwas Erfreuliches herauskommen und wer wird den Vortheil ziehen? Etwa der Reichskanzler mit seinen Steuerplänen? Wird sich die deutsche Wählerschaft für die Ausbringung von ein paar hundert Millionen neuen Steuern begeistern lassen? Der Aden, der durch dies Laborat führt, ist bis jetzt noch nicht aufgefunden. Die Verhandlungen, welche eben über Congress und Frieden geführt werden, haben eine unverkennbare Ähnlichkeit mit der Verhandlungenart der inneren Fragen durch die Öffnungen. Die letzten Beweggründe und Ziele bleiben verdeckt; man dreht sich in Ausserlichkeiten herum und die Frage bleibt immer offen — gerade wie zwischen England und Russland —, ob man nicht eben deswegen zum Kriege kommt, weil man den Frieden nicht gewollt hat.

Tagesgeschichtliche Übersicht.

Leipzig, 1. Mai.

Seit dem Bekanntwerden der päpstlichen Encyclika ist man mit Recht doppelt gespannt darauf, etwas Zuverlässiges über die angeblichen Verhandlungen zwischen Deutschland und der römischen Curie zu erfahren. Leider scheint die Regierungspresse für diese Angelegenheit gar kein Auge zu haben. Die „Nord. Allgem. Ztg.“ dementiert zwar heute das Gerücht, daß der Basler Professor Götzer, dem bereits früher Vermittelungsversuch, besonders zwischen Baden und Rom, nachgesagt wurden, für seine gegenwärtige Reise Aufträge von der deutschen oder der preußischen Regierung erhalten habe, aber damit sind wir in Betracht der Frage, ob Verhandlungen überhaupt geführt werden und welcher Art dieselben sind, genau so klug wie zuvor. Vor längster Zeit wurde in ansehnlichen offiziellen Notizen die als baldige Veröffentlichung des bei der Thronbesteigung Leo's XIII. zwischen denselben und dem Kaiser Wilhelm stattgehabten Briefwechsels in Aussicht gestellt; auch diese Veröffentlichung aber ist bis jetzt nicht erfolgt. So ist man ohne jeden Anhaltspunkt für die Beurtheilung der Gerüchte, welche von einer beabsichtigten Schwächung, wenn nicht gar vollständigen Umkehr in dem kirchenpolitischen Kampfe wissen wollen. Die Beurtheilung, daß es zu einem förmlichen „Gange nach Canossa“ kommen könne, ist freilich, wenn nicht von vornherein, so zum mindesten angebracht der Encyclika Leo's XIII.

Anlage 15,300.

Absatzentnahmeverteilung: 4/5 Rtl.
incl. Bringerlohn 5 Rtl.
durch die Post bezogen 6 Rtl.
Preis einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schriften für Extrablagen
ohne Postbelebung 30 Pf.
mit Postbelebung 45 Pf.
Inserate 3 Rtl. Postzettel 20 Pf.
Gehörte Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarische
Summe nach höherem Tarif
Rechnungen unter den Redaktionen
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach d. Preisliste
zu leisten. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung personenweise
oder durch Postvertrag.

Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Zeitzer Straße und dem Klosterplatz gelegenen Tracte der Albertstraße sollen die Fachstraße mit Backsteinen geplastert, die Fußweganschläge mit Mosaikplaster hergestellt und die hierzu erforderlichen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die betreffenden Bedingungen können auf unserem Bauamt, Rathaus

2. Etage, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

„Plasterungen in der Albertstraße“

bis zum 7. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und verliegt einzureichen sind.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Erdmann. Wangemann.

Bekanntmachung.

Auf der Dresdner Straße sollen 600 Cu. Meter Keramikplaster von Brücksteinen hergestellt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen können in unserem Ingenieur-Bureau, Rathaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 19, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

„Keramikplaster in der Dresdner Straße“

bis zum 6. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und verliegt einzureichen sind.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Erdmann. Wangemann.

Bekanntmachung.

Auf der Wurzener Chaussee sollen an der Grenze mit der Flur Anger, in der Nähe der Grünen Schenke 225 Cu. Meter Brücksteinplaster neuhergestellt und 111 Cu. Meter dergleichen umgelegt und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen können in unserem Ingenieur-Bureau, Rathaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 19, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

„Plasterung auf der Wurzener Chaussee“

bis zum 6. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und verliegt einzureichen sind.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Erdmann. Wangemann.

Verkaufslocal- und Wohnungs-Vermietung.

In dem Universitätsgrundstück Ritterstraße Nr. 11 ist ein Verkaufslocal im Parterregechosse und eine Wohnung im Hintergebäude, Stube, zwei Kammer, Küche, Boden und Keller enthaltend, vom 1. Ober- d. J. an, nach Bekündung auch früher, auf drei Jahre aufzertiglich zu vermieten.

Rekurrenten werden hiermit eingeladen,

Donnerstag den 9. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr,

im Universitäts-Rentamt (Paulinum) sich einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Leitungsbedingungen liegen dafelbst zur Einsicht aus. Die Auswahl unter den Kandidaten und die Entscheidung in der Sache überhaupt bleibt dem Rentamt vorbehalten.

Leipzig, am 29. April 1878.

Universitäts-Rentamt.

Graf.

Im einen Artikel „Zur Gründung der Pariser Weltausstellung“ sagt die „Post“:

Paris eröffnet ein Fest des Friedens und der Brüderlichkeit inmitten der schwersten Sorgen um den europäischen Frieden, vielleicht am Vorabend eines großen Krieges. Französische Stimmen haben in jüngster Zeit der deutschen Regierung mit großer Verbaßigkeit die Pflicht zuweisen, den europäischen Frieden zu erhalten. Unter diesen Stimmen hat eine Neuauflage des „Journal des Débats“ vom 18. April einen großen Eindruck auf und gemacht, mit welcher dießes so angelegte Blatt erklärte, daß habe die orientalische Frage als das Gebiet der einzigen preußischen Landtagsession wurde der Standpunkt der Regierung dahin bezeichnet: er ist tatsächlich die Befolgung der Kirchengesetze durch die katholische Kirche und dann Prüfung der Frage, ob diese Gesetze irgendwie revisionsschädigend seien. Nach dem Programm der „Kreuzzeitung“ würde dies Verhältnis gerade auf den Kopf gestellt werden. Bei den Deutschnationalen, die ja von der „Ungerechtigkeit“ der Maigesetze längst überzeugt sind, kann dies freilich nicht Wunder nehmen; von der Regierung aber kann man, so lange der Kultusminister halt ihr angehört, unmöglich annehmen, daß sie ihre bisherige Stellung mit dem Standpunkte der Kreuzzeitungspartei vertauscht haben sollte.

In einem Artikel „Zur Gründung der Pariser Weltausstellung“ sagt die „Post“:

Paris eröffnet ein Fest des Friedens und der Brüderlichkeit inmitten der schwersten Sorgen um den europäischen Frieden, vielleicht am Vorabend eines großen Krieges. Französische Stimmen haben in jüngster Zeit der deutschen Regierung mit großer Verbaßigkeit die Pflicht zuweisen, den europäischen Frieden zu erhalten. Unter diesen Stimmen hat eine Neuauflage des „Journal des Débats“ vom 18. April einen großen Eindruck auf und gemacht, mit welcher dießes so angelegte Blatt erklärte, daß habe die orientalische Frage als das Gebiet der einzigen preußischen Landtagsession wurde der Standpunkt der Regierung dahin bezeichnet: er ist tatsächlich die Befolgung der Kirchengesetze durch die katholische Kirche und dann Prüfung der Frage, ob diese Gesetze irgendwie revisionsschädigend seien. Nach dem Programm der „Kreuzzeitung“ würde dies Verhältnis gerade auf den Kopf gestellt werden. Bei den Deutschnationalen, die ja von der „Ungerechtigkeit“ der Maigesetze längst überzeugt sind, kann dies freilich nicht Wunder nehmen; von der Regierung aber kann man, so lange der Kultusminister halt ihr angehört, unmöglich annehmen, daß sie ihre bisherige Stellung mit dem Standpunkte der Kreuzzeitungspartei vertauscht haben sollte.